



# Die Situation von LGBTIQ Personen

## Hintergrund

Uganda ist international bekannt für seine harte anti-homosexuelle Gesetzgebung und die Verfolgung von Lesbian, Gay, Bisexual, Trans\*, Inter\* und Queer (LGBTIQ) Personen. Bereits im Jahr 2009 erfolgte im ugandischen Parlament der Vorschlag einer Gesetzesänderung, welches unter dem Titel Anti-Homosexuality Bill die Todesstrafe für bestimmte homosexuelle Handlungen vorsah. 2014 trat eine abgeänderte Version des Gesetzes, das auch unter dem Titel „Kill the Gays Bill“ bekannt wurde, in Kraft, ohne jedoch die Todesstrafe zu beinhalten. Anschließend wurde der Act vom ugandischen Verfassungsgericht aufgrund von Formfehlern annulliert. Menschenrechtsorganisationen berichteten trotz Annullierung von einem Anstieg gewalttätiger und diskriminierender Angriffe auf Angehörige der LGBTIQ Gemeinschaft – darunter Festnahmen, Vertreibungen und die Suspendierung von Organisationen mit LGBTIQ Bezug.<sup>1</sup>

## Aktuelle Entwicklungen

Im März 2023 brachte das Parlament einen Gesetzentwurf ein, der gleichgeschlechtliche Handlungen und die Identifizierung mit „abweichenden“ sexuellen und geschlechtlichen Identitäten kriminalisiert. Dabei handelte es sich um eine Überarbeitung der Anti-Homosexuality Bill aus dem Jahr 2014. Der erste Entwurf sah lebenslange Haftstrafen für gleichgeschlechtliche Beziehungen vor, fünf- bis zehnjährige Gefängnisstrafen und/oder Bußgeld für gleichgeschlechtliches Verhalten, Personen, die sich als LGBTIQ Personen identifizieren oder die Begünstigung von Homosexualität sowie die Todesstrafe bei „schwerwiegender Homosexualität“.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> The Consortium on Monitoring Violations Based on Sex Determination, Gender Identity and Sexual Orientation: Uganda Report of Violations Based on Gender Identity and Sexual Orientation, Juli 2015, [https://outrightinternational.org/sites/default/files/2022-10/15\\_02\\_22\\_lgbt\\_violations\\_report\\_2015\\_final.pdf](https://outrightinternational.org/sites/default/files/2022-10/15_02_22_lgbt_violations_report_2015_final.pdf), abgerufen am 12.06.2023, S. 38; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Länderreport 30. Uganda. Die Situation von LGBT-Personen, Oktober 2020, [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2020/laenderreport-30-uganda.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2020/laenderreport-30-uganda.pdf?__blob=publicationFile&v=3), abgerufen am 12.06.2023, S. 2

<sup>2</sup> Owen, Greg: 10 years after “Kill the Gays,” Uganda introduces a new rabidly anti-LGBTQ+ bill, in: LGBTQ Nation, 04.03.2023, <https://www.lgbtqnation.com/2023/03/10-years-after-kill-the-gays-uganda-introduces-a-new-rabidly-anti-lgbtq-bill/>, abgerufen am 12.06.2023; Reuters: Uganda considers bill to criminalise identifying as LGBTQ, 09.03.2023, <https://www.reuters.com/world/africa/uganda-considers-bill-criminalise-identifying-lgbtq-2023-03-09/>, abgerufen am 12.06.2023; Nyeko, Oryem: Ugandan Parliament Passes Extreme Anti-LGBT Bill, in: Human Rights Watch (HRW), 22.03.2023, <https://www.hrw.org/news/2023/03/22/ugandan-parliament-passes-extreme-anti-lgbt-bill>, abgerufen am 12.06.2023

Am 21.03.2023 verabschiedete das Parlament den verschärften Anti-Homosexuality Act, der jedoch zunächst nicht von Präsident Yoweri Museveni unterzeichnet, sondern zur Überarbeitung an das Parlament zurückgeschickt wurde.<sup>3</sup> Ende März wurde das final überarbeitete Gesetz erneut verabschiedet, anschließend erfolgte die Unterzeichnung durch Museveni und damit das Inkrafttreten des Gesetzes. Der Gesetzentwurf bleibt weitestgehend unverändert, lediglich die Verpflichtung, homosexuelle Handlungen zu melden, wurde abgeändert, die Identifizierung als LGBTIQ wird nicht mehr kriminalisiert. Nach wie vor vorgesehen ist u.a. eine lebenslange Haftstrafe für gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen sowie in bestimmten Fällen der „schweren Homosexualität“ („aggravated homosexuality“) die Verhängung der Todesstrafe.<sup>4</sup>

## Anti-Homosexuality Act, 2023

Der Anti-Homosexuality Act gliedert sich in vier Teile auf – Einleitung, Homosexualität und verwandte Praktiken, verwandte Vergehen und Strafen sowie Sonstiges. Das Gesetz verbietet jegliche Form gleichgeschlechtlicher Beziehungen sowie die Unterstützung oder Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Zunächst wird das „Vergehen der Homosexualität“ („The offence of homosexuality“) erörtert. Laut Art. 2, Abs. 1 macht sich eine Person der Homosexualität strafbar, wenn sie sexuelle Handlungen mit einer anderen Person desselben Geschlechts vollzieht oder einer anderen Person desselben Geschlechts erlaubt, sexuelle Handlungen an ihr durchzuführen. Bei einer Verurteilung droht beim Vergehen der Homosexualität eine lebenslange Haftstrafe; bei versuchtem Vergehen eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren (Art. 2, Abs. 2-4). Eine Person, die der Homosexualität verdächtigt wird, die jedoch keine gleichgeschlechtlichen Handlungen vollzogen hat, macht sich nicht strafbar (Art. 2, Abs. 5).<sup>5</sup>

Artikel 3 bezieht sich auf „schwerwiegende Homosexualität“ („aggravated homosexuality“). Personen, die sich der „schwerwiegenden Homosexualität“ strafbar machen, droht bei Verurteilung die Todesstrafe. Dies liegt dem Gesetz zufolge vor, wenn:

- die geschädigte Person minderjährig (unter 18 Jahre) ist.
- es sich bei dem Straftäter/der Straftäterin um eine fürsorgeberechtigte oder verwandte Person handelt.
- die geschädigte Person durch die Straftat unheilbar erkrankt.

---

<sup>3</sup> Zeit Online: Uganda führt drakonisches Anti-Schwulengesetz ein, 21.03.2023, <https://www.zeit.de/news/2023-03/21/uganda-fuehrt-drakonisches-anti-schwulengesetz-ein>, abgerufen am 12.06.2023; The Guardian: UN urges Uganda to block 'worst in the world' anti-LGBTQ+ bill, 22.03.2023, <https://www.theguardian.com/world/2023/mar/22/un-urges-uganda-to-block-worst-in-the-world-anti-lgbtq-bill>, abgerufen am 12.06.2023; Reuters: Uganda's president asks for changes to LGBT bill so identity is not criminalised, 26.04.2023, <https://www.reuters.com/world/africa/ugandas-president-asks-changes-lgbt-bill-so-identity-is-not-criminalised-2023-04-26/>, abgerufen am 12.06.2023

<sup>4</sup> Okiror, Samuel: Uganda's parliament passes mostly unchanged anti-LGBTQ bill, 02.05.2023, in: The Guardian, <https://www.theguardian.com/world/2023/may/02/uganda-parliament-passes-anti-lgbtq-bill>; abgerufen am 12.06.2023; Africa News: Ugandan lawmakers pass new version of tough anti-gay bill, 02.05.2023, <https://www.africanews.com/2023/05/02/ugandan-lawmakers-pass-new-version-of-tough-anti-gay-bill/>, abgerufen am 12.06.2023; Amnesty International: Uganda: president's signing of highly repressive anti-LGBTI law is 'dark day' for human rights, 29.05.2023, <https://www.amnesty.org.uk/press-releases/uganda-presidents-signing-highly-repressive-anti-lgbti-law-dark-day-human-rights>, abgerufen am 12.06.2023; Reuters: Factbox: Uganda's anti-LGBTQ law: Key provisions in the legislation, 29.05.2023, <https://www.reuters.com/world/africa/ugandas-anti-lgbtq-law-key-provisions-legislation-2023-05-29/>, abgerufen am 12.06.2023

<sup>5</sup> The Republic of Uganda: The Anti-Homosexuality Act, 2023, 26.05.2023, <https://www.parliament.go.ug/sites/default/files/The%20Anti-Homosexuality%20Act%2C%202023.pdf>, abgerufen am 12.06.2023

- es sich bei dem Straftäter/der Straftäterin um einen Serientäter/eine Serientäterin handelt.
- der Straftäter/die Straftäterin der geschädigten Person weisungsbefugt ist.
- es sich bei der geschädigten Person um eine Person mit Behinderungen handelt oder die geschädigte Person Behinderungen durch die Straftat erleidet.
- es sich bei der geschädigten Person um eine Person mit psychischen Erkrankungen handelt oder die geschädigte Person psychische Erkrankungen durch die Straftat erleidet.
- die geschädigte Person in einem fortgeschrittenen Alter (75 Jahre und älter) ist.
- die sexuelle Tat durch Drohungen, Gewalt, Furcht vor körperlicher Verletzung, Nötigung, unzulässiger Beeinflussung, Einschüchterung oder Fehlinterpretation erfolgt ist.
- die geschädigte Person zum Zeitpunkt der Straftat bewusstlos war oder sich in einem durch Medikamente, Drogen, Alkohol oder andere Substanzen veränderten Bewusstseinszustand, der das Urteilsvermögen einschränkt, befand.

Bei Verurteilung wegen versuchter „schwerwiegender Homosexualität“ drohen bis zu 14 Jahre Haft (Art. 3, Abs. 3). Minderjährigen, die sich der Homosexualität oder der schweren Homosexualität strafbar machen, drohen bis zu dreijährige Haftstrafen (Art. 4). Artikel 5 regelt Unterstützungs- und Entschädigungsmaßnahmen für Geschädigte. Artikel 6 verweist darauf, dass die Zustimmung einer Person zu einer sexuellen Handlung keine Verteidigung gegen eine Anklage im Rahmen des Anti-Homosexuality Act darstellt.<sup>6</sup> Artikel 7 und 8 beschäftigen sich mit der Vertraulichkeit von Daten von Geschädigten sowie Kindesmissbrauch<sup>7</sup>. Auch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten „zum Zwecke der Homosexualität“ kann eine Haftstrafe von bis zu sieben Jahren zur Folge haben (Art. 9). Ebenfalls verboten und mit einer maximal zehnjährigen Haftstrafe geahndet, wird der Vollzug einer gleichgeschlechtlichen Ehe („formelle oder informelle Vereinigung“) und/oder die Teilnahme an oder Durchführung eines solchen Vorhabens (Art. 10).

Die „Begünstigung von Homosexualität“ (Art 11 „promotion of homosexuality“), die eine bis zu 20-jährige Haftstrafe mit sich ziehen kann, umfasst u.a.

- die Ermutigung oder Überzeugung anderer, eine verbotene sexuelle Handlung, die unter dieses Gesetz fällt, durchzuführen;
- wissentliche Verbreitung von Homosexualität begünstigende Materialien oder deren Unterstützung;
- finanzielle, Homosexualität begünstigende Unterstützung;
- die wissentliche Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten, in denen Homosexualität begünstigende Aktivitäten durchgeführt werden;
- das Betreiben einer Organisation, die Homosexualität begünstigt.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Art. 6: „The consent of a person to commit a sexual act shall not constitute a defence to a charge under this Act.“

<sup>7</sup> Hierunter fallen u.a. die Zurverfügungstellung oder Verteilung von Materialien an Minderjährige, die gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr thematisieren (z.B. Bilder oder Videos); dies wird mit einem Freiheitsentzug von bis zu 20 Jahren geahndet (Art. 8, Abs. 1, b, c, ii)

<sup>8</sup> Werden die Punkte von einer juristischen Person (legal entity) ausgeführt, kann eine Geldstrafe von 50.000 currency points (1 currency point entspricht 20.000 Uganda-Schillinge/5,00 Euro, Stand: Juni 2023) anfallen oder die rechtliche Lizenz temporär oder ganzheitlich entzogen werden (Art.11, Abs. 3, a-c).

Im Fall einer Verurteilung nach Art. 2 bzw. Art. 3 besteht ein Beschäftigungsverbot in einer Kinderbetreuungseinrichtung oder in einer anderen Einrichtung für schutzbedürftige Personen (Art. 12). Art. 13 verpflichtet zudem zur Offenlegung einer Verurteilung, sollte sich die Person bei einer dieser Einrichtungen bewerben. Nach Art. 14 besteht die Verpflichtung, Personen der Polizei zu melden, wenn der begründete Verdacht homosexueller Handlungen besteht. Wenn die (versuchten) homosexuellen Handlungen Minderjährige oder andere vulnerable Personen einbeziehen, droht bei unterlassener Meldung eine bis zu fünfjährige Haftstrafe oder eine Geldstrafe von 5.000 currency points<sup>9</sup>.<sup>10</sup> Falsche Anschuldigungen werden mit einer Haftstrafe von bis zu einem Jahr geahndet (Art. 15). Nach Überarbeitung des Gesetzes existiert der Artikel 16 „Rehabilitierung Homosexueller“. Demzufolge kann ein Gericht bei Verurteilung wegen Homosexualität „die Bereitstellung sozialer Dienste anordnen, um die verurteilte Person zu rehabilitieren.“<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> Siehe FN 8.

<sup>10</sup> Diese Bestimmung wurde in der finalen Version auf Anraten Museveni vom Parlament angepasst. Eine Strafe bei unterlassener Meldung droht, wenn Minderjährige oder andere vulnerable Personen betroffen sind; Africa News: Ugandan lawmakers pass new version of tough anti-gay bill, 02.05.2023, <https://www.africanews.com/2023/05/02/ugandan-lawmakers-pass-new-version-of-tough-anti-gay-bill/>, abgerufen am 12.06.2023; Singh, Tanupriya: LGBTQ+ Ugandans face deadly threat as “Anti-Homosexuality Act” signed into law, in: Peoples Dispatch, 05.06.2023, <https://peoplesdispatch.org/2023/06/05/lgbtq-ugandans-face-deadly-threat-as-anti-homosexuality-act-signed-into-law/>, abgerufen am 12.06.2023; Parliament of the Republic of Uganda: Anti-Homosexuality Bill passed by Parliament in second vote, 02.05.2023, <https://www.parliament.go.ug/news/6672/anti-homosexuality-bill-passed-parliament-second-vote>; abgerufen am 12.06.2023

<sup>11</sup> The republic of Uganda: The Anti-Homosexuality Act, 2023, 26.05.2023, <https://www.parliament.go.ug/sites/default/files/The%20Anti-Homosexuality%20Act%2C%202023.pdf>, abgerufen am 12.06.2023

## Situation von LGBTIQ Personen

Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten versuchen mit Petitionen das Gesetz vor Gericht als verfassungswidrig einstufen zu lassen. Bereits am 29.05.23 reichten Aktivistinnen und Aktivisten sowie akademisch Tätige und zwei Parlamentsmitglieder beim ugandischen Verfassungsgericht eine Petition ein, um eine einstweilige Verfügung gegen die Durchsetzung des Gesetzes zu erwirken.<sup>12</sup> Verschiedene Regierungen und Organisationen verurteilten das Inkrafttreten des Gesetzes und drohten bereits mit Konsequenzen – u.a. mit der Verhängung von Sanktionen und der Regulierung bzw. Streichung von finanzieller Unterstützung. Human Rights Watch sieht in der Unterzeichnung des Gesetzes massive Menschenrechtsverletzungen, darunter die Verletzung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Privatsphäre, Gleichheit und Nicht-Diskriminierung.<sup>13</sup> Eine anti-LGBTIQ Haltung in der Gesellschaft, Politik und Religion herrschte in Uganda bereits vor der Einführung des Gesetzes vor und hält weiter an.<sup>14</sup> Zum Unterstützerkreis der Gesetzeinführung gehört u.a. die Anglikanische Kirche in Uganda, deren führender Erzbischof Stephen Kaziimba sich jahrelang für ein entsprechendes Gesetz einsetzte. Zuletzt sprach er sich bevorzugt für die Verhängung der lebenslangen Haftstrafe bei Verurteilung aus und rückte von der Todesstrafe ab.<sup>15</sup> Berichten zufolge würden sich einige LGBTIQ Personen seit Unterzeichnung des Gesetzes nur noch in ihren Unterkünften aufhalten und nach Möglichkeiten suchen, das Land zu verlassen.<sup>16</sup> Betroffene würden sich mit Todesdrohungen, Anfeindungen und Gewaltanwendungen sowie Festnahmen konfrontiert sehen.<sup>17</sup>

<sup>12</sup> Muhumuza, Rodney: Uganda Has Signed Into Law the World's Harsh Anti-LGBTQ Bill. Here's What to Know, in: Time, 30.05.2023, <https://time.com/6283377/uganda-anti-lgbtq-law/>, abgerufen am 12.06.2023; Kemigisa, Jackline: Why I've joined the court challenge against Uganda's anti-gay law, in: Open Democracy, 02.06.2023, <https://www.opendemocracy.net/en/5050/uganda-anti-homosexuality-act-2023-petition-constitutional-court/>, abgerufen am 12.06.2023; Karugaba, Julius: Uganda's harsh anti-gay law alarms its original conservative backers, in: Semafor, 08.06.2023, <https://www.semafor.com/article/06/08/2023/ugandas-anti-gay-law-alarms-american-evangelical-supporters>, abgerufen am 12.06.2023

<sup>13</sup> Budoo-Scholtz, Ashwanee: Uganda's President Signs Repressive Anti-LGBT Law, in: Human Rights Watch, 30.05.2023, <https://www.hrw.org/news/2023/05/30/ugandas-president-signs-repressive-anti-lgbt-law>, abgerufen am 12.06.2023; United Nations News: Uganda: Guterres voices deep concern as Anti-Homosexuality Act signed into law, 31.05.2023, <https://news.un.org/en/story/2023/05/1137197>, abgerufen am 12.06.2023

<sup>14</sup> LGBTIQ Personen sind u.a. von physischen Angriffen, sozialer Ausgrenzung, Mobgewalt oder "corrective rapes" betroffen; Magayana, Siyanda: Dark times indeed for Uganda's LGBTI+ community, in: Independent Online (IOL), 12.06.2023, <https://www.iol.co.za/capetimes/opinion/dark-times-indeed-for-ugandas-lgbti-community-da3b5f46-792e-4679-a77c-21b930434a83>, abgerufen am 13.06.2023; Siehe auch: BAMF: Länderreport 30. Uganda. Die Situation von LGBT-Personen, Oktober 2020, [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2020/laenderreport-30-uganda.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2020/laenderreport-30-uganda.pdf?__blob=publicationFile&v=3)

<sup>15</sup> Karugaba, Julius: Uganda's harsh anti-gay law alarms its original conservative backers, in: Semafor, 08.06.2023, <https://www.semafor.com/article/06/08/2023/ugandas-anti-gay-law-alarms-american-evangelical-supporters>, abgerufen am 12.06.2023; Sexual Minorities Uganda (SMUG) International: Christian fundamentalism lies behind harsh new anti-LGBTIQ bill, 03.06.2023, <https://smuginternational.org/smug-intl-blog/f/christian-fundamentalism-lies-behind-harsh-new-anti-lgbtiq-bill>, abgerufen am 12.06.2023

<sup>16</sup> Voice of America: As Anti-Gay Sentiment Grows, LGBTQ+ People Seek to Flee Uganda, 03.06.2023, <https://www.voanews.com/a/anti-gay-sentiment-grows-lgbtq-people-seek-to-flee-uganda-/7121832.html>, abgerufen am 12.06.2023; Reuters: HIV alarm in Uganda as anti-gay law forces LGBT 'lockdown', 08.06.2023, <https://www.reuters.com/world/africa/hiv-alarm-uganda-anti-gay-law-forces-lgbt-lockdown-2023-06-08/>, abgerufen am 12.06.2023

<sup>17</sup> Singh, Tanupriya: LGBTQ+ Ugandans face deadly threat as "Anti-Homosexuality Act" signed into law, in: Peoples Dispatch, 05.06.2023, <https://peoplesdispatch.org/2023/06/05/lgbtq-ugandans-face-deadly-threat-as-anti-homosexuality-act-signed-into-law/>, abgerufen am 12.06.2023; Mugisha, Frank: Why I petitioned court against the Anti-Homosexual Act..., in: Sexual Minorities Uganda (SMUG) International, 06.06.2023, <https://smuginternational.org/smug-intl-blog/f/why-i-petitioned-court-against-the-anti-homosexual-act>, abgerufen am 12.06.2023

Betroffene berichten vermehrt davon, ihre Mietobjekte nach Aufforderung räumen zu müssen, in der Nachbarschaft angefeindet oder im Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen benachteiligt zu werden. Außerdem seien vermehrt Menschenrechtsorganisationen um Unterstützung gebeten und Grenzübertritte nach Kenia beobachtet worden. Beobachtende sehen ebenfalls eine Gefahr für die Arbeit von Menschenrechtsgruppen, Hilfs- und Gesundheitsorganisationen bzw. -personal.<sup>18</sup>

Gesundheitsorganisationen – u.a. der Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis, and Malaria – warnten bereits davor, dass die zunehmende Stigmatisierung und Diskriminierung von LGBTIQ Personen zu Einschränkungen im Zugang zu Präventions- und Behandlungsdiensten geführt hätten. Betroffene würden Anzeigen und Verurteilungen riskieren, wenn sie bestimmte gesundheitsbezogene Dienste (z.B. Beschaffung von Verhütungsmitteln, Behandlung von sexuell übertragbaren Krankheiten, etc.) in Anspruch nehmen wollen. Medizinisches Personal warnte in diesem Zusammenhang bereits vor ausbleibenden Patientinnen und Patienten u.a. in einem HIV/AIDS Behandlungszentrum in Kampala und einem möglicherweise bevorstehenden Anstieg von HIV-Infektionen.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Quellen machen auf die Gefahr aufmerksam, dass Kenia die Gesetzgebung im Umgang mit LGBTIQ ebenfalls verschärfen könnte; McGinley, Terence: A Crackdown on Gay Rights Is Codified, in: The New York Times, 07.06.2023, <https://www.nytimes.com/2023/06/07/insider/a-crackdown-on-gay-rights-is-codified.html>, abgerufen am 12.06.2023; Schneider, Ronja: LGBT in Uganda: "Wir werden nicht verschwinden", in: evangelisch.de, 21.06.2023, <https://www.evangelisch.de/inhalte/217681/21-06-2023/kirche-hetzt-gegen-queere-lgbt-uganda-wir-werden-nicht-verschwinden>, abgerufen am 22.06.2023; Dahir, Abdi Latif: 'We Will Hunt You': Ugandans Flee Ahead of Harsh Anti-Gay Law, in: The New York Times, 20.04.2023, <https://www.nytimes.com/2023/04/20/world/africa/uganda-anti-gay-bill-lgbtq.html>, abgerufen am 12.06.2023; eNCA: LGBTQI Rights | World Bank urged to suspend loans to Uganda, 13.06.2023, <https://www.youtube.com/watch?v=EuVpa-4JCso>, abgerufen am 14.06.2023

<sup>19</sup> Singh, Tanupriya: LGBTQ+ Ugandans face deadly threat as "Anti-Homosexuality Act" signed into law, in: Peoples Dispatch, 05.06.2023, <https://peoplesdispatch.org/2023/06/05/lgbtq-ugandans-face-deadly-threat-as-anti-homosexuality-act-signed-into-law/>, abgerufen am 12.06.2023; Reuters: HIV alarm in Uganda as anti-gay law forces LGBT 'lockdown', 08.06.2023, <https://www.reuters.com/world/africa/hiv-alarm-uganda-anti-gay-law-forces-lgbt-lockdown-2023-06-08/>, abgerufen am 12.06.2023; Africa News: Effects of Ugandan Anti-LGBT law: Emptying HIV clinics, 12.06.2023, <https://www.africanews.com/2023/06/12/effects-of-ugandan-anti-lgbt-law-emptying-hiv-clinics/>, abgerufen am 13.06.2023

**Urheberrechtsklausel**

*Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrecht zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke ist nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.*

*Die Inhalte dürfen ohne gesonderte Einwilligung lediglich für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch sowie ausschließlich amtsinternen Gebrauch abgerufen, heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden, wenn alle urheberrechtlichen und anderen geschützten Hinweise ohne Änderung beachtet werden.*

**Copyright statement**

*This report/information is subject to copyright rules. Any kind of use of this report/information – in whole or in part – not expressly admitted by copyright laws requires prior approval by the Federal Office of Migration and Refugees (Bundesamt). This applies in particular to the reproduction, adaptation, translating, microfilming, or uploading of the report/information in electronic retrieval systems. Reprinting and reproduction of excerpts for internal use is only permitted with reference to the source and prior consent of the Bundesamt.*

*Use of the report/information may be made for private, non-commercial and internal use within an organisation without permission from the Bundesamt following copyright limitations.*

**Disclaimer**

*Die Information wurde gemäß der EUAA COI Report Methodology (2023) sowie den Qualitätsstandards des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2022) auf Grundlage sorgfältig ausgewählter und zuverlässiger Informationen innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens erstellt. Alle zur Verfügung gestellten Informationen wurden mit größter Sorgfalt recherchiert, bewertet und aufbereitet. Alle Quellen werden genannt und nach wissenschaftlichen Standards zitiert.*

*Die vorliegende Ausarbeitung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Findet ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person oder Organisation keine Erwähnung, bedeutet dies nicht, dass ein solches Ereignis nicht stattgefunden hat oder die betreffende Person oder Organisation nicht existiert. Der Bericht/die Information erlaubt keine abschließende Bewertung darüber, ob ein individueller Antrag auf Asyl-, Flüchtlings- oder subsidiären Schutz berechtigt ist. Die benutzte Terminologie sollte nicht als Hinweis auf eine bestimmte Rechtauffassung verstanden werden. Die Prüfung des Antrags auf Schutzgewährung muss durch den für die Fallbearbeitung zuständigen Mitarbeiter erfolgen. Die Veröffentlichung stellt keine politische Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dar.*

*Diese Ausarbeitung ist öffentlich.*

**Disclaimer**

*The information was written according to the „EUAA COI Report Methodology“ (2023) and the quality standards of the Federal Office for Migration and Refugees (Bundesamt) (2022). It was composed on the basis of carefully selected and reliable information within a limited timeframe. All information provided has been researched, evaluated and analysed with utmost care within a limited time frame. All sources used are referenced and cited according to scientific standards.*

*This document does not pretend to be exhaustive. If a certain event, person or organization is not mentioned, this does not mean that the event has not taken place or that the person or organization does not exist. This document is not conclusive as to the merit of any particular claim to international protection or asylum. Terminology used should not be regarded as indication of a particular legal position. The examination of an application for international protection has to be carried out by the responsible case worker. The information (and views) set out in this document does/do not necessarily reflect the official opinion of the Bundesamt and makes/make no political statement whatsoever.*

*This document is public.*